
20 Millionen Rentner und Wähler

20 Millionen Rentner sind auch 20 Millionen Wähler. Knapp ein Drittel der Wahlberechtigten sind am 27. September über 60 Jahre. Das kann den großen Parteien nicht egal sein. Ein Blick in die Wahlprogramme:

CDU/CSU

Die Union will am "bewährten gegliederten System der Alterssicherung" festhalten. Eine Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen - also auch Beamte und Selbstständige - einzahlen, lehnt sie ab. Wer ein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, soll eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten. "Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren", verspricht die Union. Die Rentner sollen auch künftig an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt werden, "ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen". "Gerechtigkeitslücken" in der Rente will die Union schließen und Kindererziehungszeiten besser berücksichtigen. Private Vorsorge soll attraktiver werden.

SPD

Zu der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre sehen die Sozialdemokraten aus demografischen Gründen keine Alternative. Für die "solidarische Alterssicherung" soll es eine Bürgersozialversicherung geben, die alle Bürger in die Finanzierung einbezieht. Für den Übergang in den Ruhestand soll es flexible Lösungen geben, die auch vor Altersarmut bewahren. Die Rente soll aber auch in Zukunft "die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben". Voraussetzung für armutsfeste Renten sind für die SPD "existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie". Ein Weg dazu sollen flächendeckende Mindestlöhne sein. Die Rentenansprüche von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen sollen durch Steuermittel aufgestockt werden.

FDP

Die Alterssicherung wird nach dem Willen der Freidemokraten noch mehr auf Kapitaldeckung umgestellt, durch Stärkung der betrieblichen und privaten Vorsorge. Vom 60. Lebensjahr an sollen die Versicherten selbst entscheiden können, zu welchem Zeitpunkt sie bei "versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen" in Rente gehen wollen. Voraussetzung ist, dass die kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge über dem Niveau der Grundsicherung liegen. Um die Beschäftigung Älterer zu fördern, will die FDP alle Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug streichen. Auch soll für den Zuverdienst kein Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung fällig werden. Bei der privaten oder betrieblichen Altersvorsorge will die FDP Geringverdienern höhere Freigrenzen beim Schonvermögen zugestehen.

Die Linke

Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wird rückgängig gemacht. Wer vor dem 65. Lebensjahr zu arbeiten aufhören will, soll das ohne Abschläge bei der Rente tun können. Auch Erwerbsgeminderte erhalten erleichterten Zugang zu abschlagsfreien Renten. Die geförderte Form der Altersteilzeit für einen früheren Übergang in Rente bleibt nach dem Willen der Linkspartei erhalten. Kein Mensch darf im Alter weniger als 800 Euro monatlich an Rente erhalten. Sämtliche Dämpfungsfaktoren sollen aus der Rentenformel gestrichen, in Ost und West die Renten endlich gleich berechnet werden. Wie die SPD will die Linke, dass alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einzahlen. Dafür soll der Deckel der Beitragsbemessungsgrenze wegfallen, die daraus resultierenden Ansprüche auf höhere Renten aber beschränkt werden.

Grüne

Auch die Grünen setzen bei der Rente auf eine Bürgerversicherung. Um Altersarmut zu vermeiden, dringen sie auf einen neuen "Gesellschaftsvertrag", der keine Generation einseitig belastet. Ziel ist eine steuerfinanzierte "Garantierente", zu der "auch Reiche und Gutverdienende" nach dem Vorbild anderer Länder aufkommen. Für Langzeitarbeitslose soll der Staat wieder höhere Rentenbeiträge bezahlen, das nicht anrechenbare Schonvermögen zur Altersvorsorge soll ebenfalls besser geschützt werden. Damit die Rente mit 67 "nicht bloß eine Rentensenkung durch die Hintertür ist", wollen die Grünen prüfen, wie sich die Beschäftigungschancen für Ältere verbessern lassen. Flankiert werden soll das durch flexible Übergänge in den Ruhestand und die Möglichkeit, eine Teilrente bereits von 60. Lebensjahr an beziehen zu können.